

Sie wollen unsere Arbeitszeit für ihre Profite, wir wollen Zeit für unser Leben!

Bei den Sitzungen der sogenannten „Sozialrunde“ (Sozialronn) forderte der luxemburgische Arbeitgeberverband Union des entrepreses luxembourgeoises, die Arbeitszeitgestaltung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Arbeitgebervertreter präsentierten dabei einen regelrechten Gruselkatalog: Erhöhung der maximalen Wochenarbeitszeit, Verkürzung der wöchentlichen Ruhezeit, Infragestellung von außerordentlichen Urlaubstagen, Flexibilisierung bis zum Gehnichts mehr...

Ohne diesen Katalog öffentlich zu machen, nutzt die Arbeitgeberseite die von der CSV-DP-Regierung geschaffenen Spielräume, um immer mehr zu fordern. Im Idealfall möchten die Arbeitgeber, dass ihre Mitarbeiter bei Bedarf rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche verfügbar sind und dass die Arbeitszeiten sich nach den Bedürfnissen des Arbeitgebers richten, ohne Rücksicht auf das Privat- und Familienleben der Arbeitnehmer.

Die CSV-DP-Koalition hat in ihrem Regierungsprogramm tatsächlich die Tür geöffnet, indem sie insbesondere vorschlug, automatisch einen gesetzlichen Bezugszeitraum von 12 Monaten vorzusehen, was derzeit nur im Rahmen eines Kollektivvertrags möglich ist. Die Arbeitszeitgestaltung würde somit weitgehend flexibilisiert, ohne dass die Arbeitgeber gezwungen wären, die Bedingungen und Gegenleistungen mit den Gewerkschaften auszuhandeln.

Es reicht!

Der „Quality-of-Work-Index“ der Arbeitnehmerkammer hat gezeigt, dass zwischen 2014 und 2022 die Anzahl von Arbeitnehmern, die Schwierigkeiten haben, Privat- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren, angestiegen ist. Den Arbeitnehmern werden zunehmend unregelmäßige Arbeitszeiten auferlegt, und ihre Möglichkeiten, Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit zu nehmen, nehmen ab. Die von der Regierung und der UEL geplanten Maßnahmen würden diese Situation noch verschärfen.

Zugleich sprechen sich in derselben Studie 83% der Arbeitnehmer für eine Arbeitszeitverkürzung bei voller Beibehaltung des Gehalts aus. Die Arbeitnehmer äußern also eindeutig den Wunsch nach einer Verkürzung ihrer Arbeitszeit, um mehr Zeit für ihr Privatleben zu haben.

Historisch gesehen hat die „Modernisierung“ der Arbeitszeit vor allem zu sozialen Fortschritten für die Arbeitnehmer geführt: Achtstundentag, Vierzigstundenwoche, Sonntagsruhe, bezahlter Urlaub... Heute wird uns eine „Modernisierung“ verkauft, die nichts anderes ist als aufgezwungene Flexibilität, eine Verkürzung der für Familie und Freizeit verfügbaren Zeit, um für den Arbeitgeber verfügbar zu sein.

Echte Verhandlungen statt eines Pseudo- Sozialdialogs

In ihren einseitigen Schlussfolgerungen nach der Sozialrunde beauftragte die Regierung den Ständigen Ausschuss für Arbeit und Beschäftigung (CPTÉ), über die Organisation der Arbeitszeit zu diskutieren.

Alles deutet darauf hin, dass diese Diskussion wie schon bei der Sozialrunde zu einer Farce werden würde: keine echten Verhandlungen, sondern ein reiner Meinungsaustausch, an dessen Ende die Regierung allein entscheidet.

Angeichts dieses Bruchs mit dem luxemburgischen Sozialmodell hat die Union des syndicats OGBL-LCGB beschlossen, nicht mehr an den Sitzungen des CPTÉ teilzunehmen, sondern ihre Forderungen direkt in bilateralen Treffen mit den zuständigen Ministern vorzubringen.



**UNION DES
SYNDICATS**
OGBL-LCGB

Unsere Forderungen

Die Union des syndicats OGBL-LCGB schlägt als Reaktion auf die Schlussfolgerungen der Regierung zur Arbeitszeitgestaltung mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben vor.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Der OGBL und der LCGB fordern eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung von mindestens 10% bei vollem Lohnausgleich, um der steigenden Nachfrage der Arbeitnehmer nach weniger Arbeitsstunden gerecht zu werden. Die Umsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung wäre zwischen den Sozialpartnern im Rahmen von Kollektivverträgen auszuhandeln.

6. WOCHGESETZLICHER URLAUB

Die Gewerkschaften OGBL und LCGB fordern die Einführung einer sechsten Woche gesetzlichen Urlaubs, wodurch sich der jährliche Urlaubsanspruch für alle Arbeitnehmer auf 30 Tage erhöht, um die seit 1975 ausbleibende signifikante Entwicklung des Jahresurlaubs auszugleichen. Alle Arbeitnehmer sollen von dieser Erhöhung um vier Tage profitieren.

RUHEZEIT

Die Union des syndicats OGBL-LCGB lehnt jede Verkürzung der wöchentlichen Mindestruhezeit ab und schlägt stattdessen vor, diese von 44 auf 48 Stunden zu verlängern. Sie fordert außerdem eine Klarstellung der Definition der ununterbrochenen Ruhezeit.

PAUSE WÄHREND DES ARBEITSTAGES

Die Gewerkschaften möchten die Dauer unbezahlter Pausen auf zwei Stunden begrenzen und sicherstellen, dass jede darüberhinausgehende Pause bezahlt wird.

RECHT AUF TEILZEIT-ARBEIT

Der OGBL und der LCGB fordern ein Recht auf Teilzeitarbeit mit garantierter Rückkehr zur Vollzeit, um Arbeitnehmern, insbesondere Frauen, nach einem Elternurlaub die Wiedereingliederung zu erleichtern.

REFERENZPERIODEN

Die Union des syndicats OGBL-LCGB lehnt die Idee einer jährlichen Referenzperiode außerhalb von Kollektivverträgen und ohne Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab. Sie schlägt stattdessen vor, dass jede Referenzperiode von mehr als einem Monat im Rahmen eines Kollektivvertrags oder einer branchenübergreifenden Vereinbarung ausgehandelt werden muss.

ÜBERSTUNDEN

Die Gewerkschaften fordern eine Klarstellung hinsichtlich der Vergütung von Überstunden und eine neue Definition derselben, wobei „außergewöhnliche Umstände“ ausgeschlossen werden sollen.

FLEXIBILITÄTSKLAUSELN

Die Union des syndicats OGBL-LCGB fordert eine strengere Regulierung der Flexibilitätsklauseln in Arbeitsverträgen, um die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen.

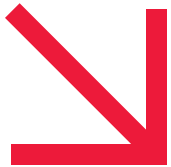
SCHLECHTWETTER-REGELUNG

Der OGBL und der LCGB schlagen vor, die Rolle der Sicherheitsdelegierten zu stärken, und fordern die obligatorische Anwendung des witterungsbedingten Kurzurlaubs im Falle einer roten Wetterwarnung der Regierung.

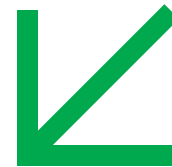
FAMILIENURLAUB

Die Gewerkschaften fordern Verbesserungen beim Urlaub aus familiären Gründen und beim Elternurlaub sowie die Einführung eines gleichberechtigten Geburtsurlaubs von drei Monaten für beide Elternteile.

Diese Vorschläge zielen darauf ab, die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken und ihre Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig auf die Veränderungen in der Arbeitswelt zu reagieren – für eine Modernisierung, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit.



Der OGBL und der LCGB rufen alle ihre Personaldelegierten & Militanten zur Teilnahme auf!



Delegiertenkonferenz

02.12.2025 → 17:30 Uhr

→ Parc Hotel Alvisse

→ 120, Route d'Echternach – L-1453 Dommeldange